

Gerd D. Bossen

# Die politische Entwicklung in Rußland vor den Parlaments- und Präsidentenwahlen

**Mit der Finanzkrise im August 1998 erreichte der wirtschaftliche Niedergang Rußlands einen neuen Tiefpunkt, und die politische Destabilisierung trat in eine noch gefährlichere Phase ein. In dieser Lage bereitet sich die Russische Föderation auf weitreichende Entscheidungen vor, die in den Wahlen zur Staatsduma Ende dieses Jahres und in den Präsidentschaftswahlen Mitte des Jahres 2000 fallen werden. Prognosen sind fast unmöglich, nicht nur weil das russische Parteiensystem nach wie vor äußerst labil ist und von den Bewerbern um das Präsidentenamt noch keiner seine Kandidatur öffentlich bekanntgegeben hat, sondern auch weil mit einem sehr hohen – doch eben niemand weiß, wie hohen – Anteil von Protestwählern zu rechnen ist. Für einen Zeitraum von mehr als einem Jahr, d.h. solange Rußland vom Wahlkampf beherrscht wird, sind einschneidende Maßnahmen, die eine Wendung zum Besseren herbeiführen, nicht zu erwarten.**

Nach den dramatischen Ereignissen im August 1998 hat sich die Situation in Rußland wieder beruhigt. Der Sturz des Rubel konnte aufgehalten werden und hat sich auf dem neuen niedrigen Niveau eingependelt. Premierminister Primakow hat den Präsidenten und die große Mehrheit der Staatsduma hinter sich. Doch die Ruhe ist trügerisch. Die Positionskämpfe hinter den Kulissen für die Ende des Jahres anstehenden Wahlen zur Staatsduma und für die, wenn es denn dabei bleibt, Präsidentschaftswahlen Mitte des Jahres 2000 sind in vollem Gang.

## ■ Die Entwicklungen seit der Augustkrise

Die Zahlungsunfähigkeit des russischen Staates war die unmittelbare, wenn auch nicht alleinige Ursache für den Zusammenbruch der meisten großen russischen Banken. Viele Unternehmen, Russen, Ausländer und auch der Staat selbst hatten große Summen verloren; teilweise mühsam Erspartes hatte sich in Nichts aufgelöst. Kleine und mittlere Unternehmen, meist in Handel und Dienstleistungen, mußten ihren Betrieb schließen. Vor den Vertriebszentren von Mobiltelefonen kam es zu Warteschlangen, weil viele sich ihr geliebtes Handy nicht mehr leisten konnten und es zurückgeben mußten. Waren wurden knapp, kamen dann wieder in die Regale, aber zu wesentlich höheren Preisen. Das ohnehin nicht große Vertrauen der Bevölkerung zur Regierung, der Marktwirtschaft und den Reformen insgesamt war damit praktisch zerstört.

### *Auswirkungen auf das Machtgefüge Rußlands*

Die Wirtschaftskrise führte zu Machtverschiebungen, wie es sie seit dem Putsch von 1993 nicht mehr gegeben hatte.

#### Die Position Präsident Jelzins

Noch Anfang des Jahres 1998 hatte Präsident Jelzin Premierminister Tschernomyrdin entlassen und den bis dahin politisch unbedeutenden Kyrienko gegen den vehementen Widerstand der Staatsduma als neuen Ministerpräsidenten durchgesetzt. Im Gefolge der Krise entließ Präsident Jelzin Kyrienko und benannte erneut Tschernomyrdin als Premier, konnte sich aber diesmal gegen das Parlament nicht durchsetzen.

Vielmehr sah sich Präsident Jelzin gezwungen, mit Primakow, bis dahin Außenminister, einen für die kommunistische Mehrheit akzeptablen Kandidaten für die Position des Ministerpräsidenten vorzuschlagen. Dieser wurde dann auch durch das Parlament bestätigt.

Damit war deutlich geworden, daß Präsident Jelzin nicht nur gesundheitlich, sondern auch politisch so geschwächt war, daß er gegenüber dem Parlament nachgeben mußte. Dies zeigt, daß auf Dauer auch ein mit großen Machtbefugnissen ausgestatteter Präsident nicht am Parlament vorbeiregieren kann. Viele der Reformansätze sind unter anderem auch deswegen gescheitert, weil die Staatsduma mit ihrer kommunistischen Mehrheit nicht mitgezogen oder sogar blockiert hat. Als Beispiel seien nur die dringend notwendige Steuerreform oder das immer noch nicht verabschiedete Bodengesetz genannt.

Damit haben sich die Spekulationen darüber, ob Jelzin im Jahre 2000 erneut kandidieren werde oder nicht, praktisch erledigt. Die Entscheidung des Verfassungsgerichtes der Russischen Föderation, daß eine weitere Kandidatur Jelzins nicht zulässig sei, zog nur noch den Schlußstrich unter diese Diskussion.

#### Die Regierung Primakow

Der neue Ministerpräsident Jewgenij Maximowitsch Primakow, früher einmal Leiter der Auslandsabteilung des KGB und zuletzt Außenminister Rußlands, gilt als entschiedener, aber pragmatischer Verfechter russischer Interessen, dem es ohne eigene Ambitionen in erster Linie um das Wohl des Landes geht. Er ist nicht Mitglied der Kommunistischen Partei, kommt

■ **Regierung auf  
möglichst breiter Basis.**

aber aus der ehemaligen sowjetischen Führungselite und ist damit auch für die Kommunisten akzeptabel.

Unmittelbar nach seiner Bestätigung als Ministerpräsident durch die Staatsduma bemühte sich Primakow um eine Regierung auf möglichst breiter Basis. Trotz seiner Rückendeckung durch Präsident Jelzin und die Mehrheit des Parlamentes stieß er jedoch bereits bei der Regierungsbildung auf große Schwierigkeiten. Jawlinskij, Vorsitzender der Bewegung Jabloko, lehnte den ihm angebotenen Posten eines Stellvertretenden Ministerpräsidenten ab. Schirinowskij hatte mit seiner LDPR gegen Primakow gestimmt und kam damit nicht in Frage. Schochin, bis vor kurzem noch Fraktionsvorsitzender der UHR, akzeptierte zwar die Position eines Stellvertretenden Ministerpräsidenten, zuständig für Wirtschaftsfragen, trat aber bereits nach zehn Tagen wieder zurück. Und Ryschkow, ebenfalls UHR, der damals noch Stellvertretender Parlamentspräsident war, lehnte ebenfalls ab.

Damit war die Regierungsbildung auf breiter Basis praktisch gescheitert. Erster Stellvertretender Ministerpräsident wurde mit Jurij Masliukow ein Mitglied der KPRF. Er war bereits Minister für Handel und Industrie, kam aus der Rüstungsindustrie, war unter Gorbatschow Leiter der Wirtschaftsplanung und rückte seinerzeit ins Politbüro auf.

Die Regierung stützt sich damit faktisch auf die KPRF sowie auf ihr nahestehende Abgeordnete und sogenannte Unabhängige.

Dennoch ist die Position von Ministerpräsident Primakow sehr stark. Dies nicht nur, weil er ein kluger Taktiker ist und bis auf weiteres für politische Stabilität sorgen konnte, sondern vor allem auch, weil es unter den gegebenen Umständen kaum eine Alternative zu ihm gibt.

#### Die gestärkte Staatsduma

■ **Eindeutiger Sieger der  
politischen Auseinander-  
setzung im Gefolge der  
Krise war die Staatsduma,  
das Parlament der Russi-  
schen Föderation.**

Eindeutiger Sieger der politischen Auseinandersetzung im Gefolge der Krise war die Staatsduma, das Parlament der Russischen Föderation. Es hatte sich gegen den Präsidenten durchgesetzt, einen Ministerpräsidenten und eine Regierung erzwungen, die ihm genehm waren. Damit hatte sich eine Verschiebung der Gewichte innerhalb der russischen Politik zugunsten des bis dahin schwachen Parlamentes vollzogen.

Es zeigte sich aber bereits bei der Regierungsbildung, daß die Staatsduma nicht in der Lage ist, diese neue, bedeutendere Rolle auch auszufüllen, da keine der Fraktionen bereit war, die Regierung zu tragen. Die Kommunisten haben mit dem Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Masliukow zwar einen maßgebenden Mann in der Regierung, aber Verantwortung für die Regierung wollen sie weder als Partei noch als Fraktion übernehmen.

Weder in politischer, wirtschaftlicher oder legislativer Hinsicht sind unter der neuen Konstellation Impulse von der Duma ausgegangen. Lediglich der Haushalt, der in den vorausgegangenen Jahren immer für eine mehr oder weniger tiefe Krise gesorgt hatte, passierte die ersten drei Lesungen ohne große Probleme. Aber das war in erster Linie darauf zurückzuführen, daß man die mühsam wiedergewonnene politische Stabilität nicht erneut gefährden wollte.

Die Schwäche der Staatsduma ist nicht nur in ihrer Zusammensetzung begründet, sondern auch in der Tatsache, daß sowohl Parlaments- als auch Präsidentschaftswahlen kurz bevorstehen.

Die Kommunisten sind zwar die stärkste Partei im Parlament, aber sie haben sich in eine schwierige Position manövriert. Sie konnten in der gegebenen politischen Situation die Übernahme von politischer Verantwortung nicht gänzlich ablehnen. Auf der anderen Seite wollen sie aber nicht für mögliche Mißerfolge der Regierung zur Rechenschaft gezogen werden. Und so verfolgen sie eine Art Doppelstrategie: auf der einen Seite die partielle Übernahme von Regierungsverantwortung, auf der anderen Seite aber Forderungen an die Regierung im Stile einer Opposition.

Die Fraktion von „Unser Haus – Rußland“ (UHR) des ehemaligen Ministerpräsidenten Tschernomyrdin ist erheblich geschwächt. Austritte aus der Bewegung und aus der Fraktion häufen sich. Nach dem Rücktritt des bisherigen Fraktionsvorsitzenden Schochin wurde Ryschkow wider Willen neuer Fraktionsvorsitzender und mußte dafür das Amt des Stellvertretenden Parlamentspräsidenten aufgeben. UHR und ihre Fraktion müssen um ihr politisches Überleben kämpfen. Unter diesen Umständen sind von ihr keine Impulse zu erwarten.

Jabloko ist die kleinste der Fraktionen und hat schon aus diesem Grunde keinen maßgeblichen Einfluß.

■ **Die Kommunisten sind zwar die stärkste Partei im Parlament, aber sie haben sich in eine schwierige Position manövriert.**

Schirinowskijs LDPR führt weiter das Außen-seiterdasein, das diese Fraktion aufgrund der umstrittenen Person ihres Vorsitzenden immer gehabt hat.

Von Bedeutung ist noch die Fraktion „Regionen Rußlands“, ein Zusammenschluß von unabhängigen, meist direkt gewählten Abgeordneten. Aber sie ist politisch zu heterogen, als daß von ihr ein einheitliches Konzept erwartet werden könnte.

### Der Föderationsrat

Dem Föderationsrat gehören die Präsidenten der Republiken und die Gouverneure der übrigen Gebiete der insgesamt 89 „Subjekte der Russischen Föderation“ sowie die 89 Parlamentspräsidenten der regionalen Volksvertretungen an.

Die tiefe wirtschaftliche Krise Rußlands hat naturgemäß eine Schwächung Moskaus gegenüber den Regionen zur Folge gehabt. Dies nicht nur deswegen, weil die Aufmerksamkeit sich auf die Bewältigung der wirtschaftlichen und politischen Krise konzentrieren muß. Maßgeblich ist vor allem, daß die Kassen leer sind, und daß sich damit der „goldene Zügel“ nicht mehr so effektiv einsetzen läßt, wie bisher. Von den 89 Subjekten der Föderation sind nur sieben Nettozahler, die anderen 82 sind Nettoempfänger.

Damit haben die Regionen und ihre politischen Führer an politischem Gewicht gewonnen. Diese Tendenz war schon vor der Krise sichtbar geworden, sie ist jetzt aber sehr viel deutlicher. Die logische Folge wäre, daß damit auch der Föderationsrat als Vertretung der Regionen mehr politische Bedeutung erlangte. Das ist aber nicht der Fall.

Der Grund liegt vor allem darin, daß die politischen Führer der 89 Subjekte der Föderation sowohl von ihrer politischen Herkunft als auch von ihren Persönlichkeiten her viel zu heterogen sind, als daß eine Abstimmung und gemeinsame Vertretung ihrer Interessen in nennenswertem Umfange möglich wären.

### ■ Perspektiven für die weitere Entwicklung

Unter den angedeuteten Umständen sind die Perspektiven für die weitere Entwicklung Rußlands, zumindest kurz- und mittelfristig, schlecht. Erschwerend kommt hinzu, daß spätestens im Sommer dieses Jahres der Wahlkampf für die im Dezember anstehenden Par-

lamentswahlen beginnt und – bei normalem Verlauf der Dinge – der Wahlkampf für die Präsidentschaftswahlen im Juni 2000 sich nahtlos anschließen wird. Das wird nach aller Erfahrung ein verlorenes Jahr sein, in dem keine wesentlichen politischen Entscheidungen fallen werden.

### *Die wirtschaftliche Lage Rußlands*

Die weitere Entwicklung Rußlands, vor allem die Zukunft der Reformpolitik, der Transformationspolitik, wird bestimmt werden von der Frage, ob es gelingt, das Land aus seiner tiefen wirtschaftlichen Krise zu führen.

Dies ist eine schwere Aufgabe. Die Kassen sind leer, die Staatsverschuldung enorm. Es ist nicht schwer, vorherzusagen, daß Rußland auch in diesem Jahr nicht in der Lage sein wird, die fälligen Kredite und Zinsen zu zahlen. Umschuldungsverhandlungen sind unumgänglich und werden schon vorbereitet. Das wiederum wird die Kredit- und Investitionsbereitschaft des Auslandes weiter verringern.

Die Steuereinnahmen liegen weiterhin bei etwa 50 Prozent dessen, was an Steuern geschuldet wird. Das neue Steuergesetz, das eine Vereinfachung und damit eine Erhöhung der Steuereinnahmen bringen soll, ist nach wie vor nicht verabschiedet. Eine schlecht funktionierende Finanzverwaltung, Korruption und die verheerende Steuermoral von Bürgern und Unternehmen werden auch nicht von heute auf morgen zu beseitigen sein.

Beispielsweise wird selbst die Finanz- und Bankenkrise zum Zwecke der Steuerhinterziehung genutzt: Viele der großen Banken sind zusammengebrochen aber nicht geschlossen. Sie sind nur zahlungsunfähig. Gelder auf Konten dieser Banken sind offiziell eingefroren, praktisch meist verloren. Ein Zahlungsauftrag an eine Bank zugunsten des Finanzamtes gilt aber als gezahlte Steuer. Wenn also Unternehmer A Steuerschulden hat, sucht er sich Unternehmer B, der eingefrorene Gelder auf einem Konto einer zusammengebrochenen Bank hat. B hat ohnehin keine Hoffnung, diese Gelder jemals wieder zu bekommen. Also willigt er ein, sein „Guthaben“ bei der zahlungsunfähigen Bank X an A zu verkaufen – für vielleicht 20 Prozent oder 30 Prozent des nominellen Wertes. A läßt sich sodann dieses „Guthaben“ übertragen und beauftragt die Bank X, seine Steuerschul-

■ **Die weitere Entwicklung Rußlands, vor allem die Zukunft der Reformpolitik, der Transformationspolitik, wird bestimmt werden von der Frage, ob es gelingt, das Land aus seiner tiefen wirtschaftlichen Krise zu führen.**

den an das Finanzamt zu überweisen. Diese bestätigt den Auftrag, kann und wird aber nicht zahlen. A hat keine Steuerschulden mehr und 70 bis 80 Prozent seiner Steuerschulden „gespart“, das Finanzamt bekommt kein Geld, und B hat wenigstens 20 bis 30 Prozent seines Bankguthabens gerettet.

Der Zusammenbruch des Rubel, der seit August 1998 etwa 200 Prozent seines Wertes gegenüber Dollar oder DM verloren hat, und eine (bisher) kontrollierte Betätigung der Notenpresse haben die Inflation angeheizt. Genaue Zahlen gibt es nicht, aber sie dürfte bei über 50 Prozent liegen. Das monatliche Durchschnittseinkommen in Rußland liegt heute knapp über 20 US-Dollar. Dabei gibt es weiterhin große Verzögerungen und Rückstände bei der Zahlung von Löhnen, Gehältern und Renten.

Stützungsmaßnahmen der Russischen Zentralbank und eine gewisse Zurückhaltung bei der Ausgabe zusätzlicher Geldes halten Rubel-Verfall und Inflation zur Zeit noch in Grenzen. Aber es ist zu befürchten, daß nach Verabschiedung des Haushaltes 1999, also etwa ab März/April dieses Jahres, diese Zurückhaltung aufgegeben wird. Denn vor den Wahlen müssen Löhne, Gehälter und Renten gezahlt werden, auch wenn es nicht möglich sein wird, alle Rückstände zu begleichen. Das wird die Inflation weiter anheizen und den weiteren Verfall des Rubel beschleunigen.

■ **Auf der anderen Seite ist in den letzten Monaten ein gewisses Wirtschaftswachstum zu verzeichnen.**

Auf der anderen Seite ist in den letzten Monaten ein gewisses Wirtschaftswachstum zu verzeichnen. Dies liegt vor allem daran, daß die Abwertung des Rubel russische Waren konkurrenzfähiger gemacht hat. Das gilt vor allem für landwirtschaftliche Produkte. Viele Importwaren sind von normalen russischen Bürgern einfach nicht mehr zu bezahlen.

Aber die großen Kombinate und Unternehmen, teils noch staatlich, teils scheinprivatisiert oder teilprivatisiert, befinden sich in einer desolaten Lage. Das gilt ebenso für viele der großen Rohstoffproduzenten. So ist beispielsweise gegen „Sidanko“, eines der großen Öl produzierenden Unternehmen des Landes, das Konkursverfahren eröffnet worden. Das bedeutet zwar nicht, daß tatsächlich das Konkursverfahren durchgezogen wird, selbst wenn die Voraussetzungen vorliegen, denn das russische Konkursrecht ist eine Kannvorschrift. Aber auch bei einem Konkurs würde nur eine leere Hülle vorhanden sein.

Hier rächt sich jetzt die Art und Weise, in der die Privatisierung, wenn man sie denn so nennen kann, in Rußland durchgeführt worden ist. In vielen Fällen haben sich Russische Finanzmagnaten und Oligarchen dieser „privatisierten“ Unternehmen bemächtigt, und sie ausbluten lassen, Gewinne und Vermögen ins Ausland transferiert.

Unter diesen Voraussetzungen dürfte kurzfristig keine Wende zum Positiven möglich sein. Äußerste Sparsamkeit, schnelle Verabschiedung des neuen Steuergesetzes, effektivere Steuererhebung, striktere Devisenausfuhrkontrollen und eine verschärfte Anwendung des Konkursrechtes, vor allem bei den maroden Banken, könnten das Schlimmste verhüten. Die Regierung scheint auch dazu entschlossen, aber ob es gelingt, bleibt fraglich.

Eine wirkliche Wende zum Besseren in der Wirtschaftspolitik kann realistischerweise erst nach den Wahlen zur Staatsduma und nach den Präsidentschaftswahlen Mitte des Jahres 2000 erwartet werden. Aber das wiederum hängt davon ab, für was für ein Parlament und welchen Präsidenten sich der russische Wähler entscheidet.

■ **Eine wirkliche Wende zum Besseren in der Wirtschaftspolitik kann realistischerweise erst nach den Wahlen zur Staatsduma und nach den Präsidentschaftswahlen Mitte des Jahres 2000 erwartet werden.**

### *Die anstehenden Wahlen zur Staatsduma*

Eine Prognose für die in knapp zehn Monaten stattfindenden Parlamentswahlen aufzustellen ist extrem schwierig. Geht man davon aus, daß die Wirtschaftskrise bis zu den Wahlen andauert, sich aber nicht wesentlich verschärft, dann ist zu erwarten, daß die russische Wählerschaft weit überwiegend aus Nichtwählern oder Protestwählern bestehen wird. Ob sie wählen werden und, wenn ja, wem sie ihre Stimme geben werden, ist völlig unvorhersehbar.

### *Die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF)*

Selbst die Kommunisten haben sich in eine schwierige Situation begeben. Ob ihre Doppelstrategie, einerseits die Regierung zu stützen andererseits sich aber als Opposition zu geben, erfolgreich sein wird, ist fraglich. Bleiben wirtschaftliche Erfolge bis zur Wahl aus, was wahrscheinlich ist, dann werden auch sie bei den Wahlen politisch dafür zahlen müssen. Dennoch wird mit der KPRF weiterhin zu rechnen sein. Sie verfügt immer noch über eine nennenswerte Stammwähler-



schaft. Und trotz aller Unzufriedenheit auch mit der Politik der KPRF wird ihr doch die Nostalgie vieler vor allem älterer Menschen, die die Sowjetära zur guten alten Zeit vergolden, zu Hilfe kommen.

### Unser Haus – Rußland (UHR)

Die Bewegung UHR, die sich nicht als Partei versteht, befindet sich in einem desolaten Zustand. Solange Tschernomyrdin Ministerpräsident war, galt UHR als die Partei der Macht. Als solche zog sie viele politische Opportunisten an, von Gouverneuren über Werksdirektoren bis hin zu Mitarbeitern im öffentlichen Dienst. Es konnte ja nicht schaden, gute Beziehungen zu der „Partei“ zu haben, die den Premier und einen großen Teil der Regierung stellte.

Als UHR die Macht verloren hatte, begannen die Opportunisten abzuwandern. Dieser Prozeß ist noch im Gange und dürfte sich bis zu den Wahlen verstärken. Aber auch prominente Mitglieder sagten sich los. An erster Stelle ist hier der Gouverneur von Samara, Titow, zu nennen, der stellvertretender Vorsitzender der Bewegung war. Auch der Fraktionsvorsitzende Schochin verließ UHR. Um die Fraktion in der Duma noch einigermaßen zusammenzuhalten, wurde der junge und vielversprechende bisherige Stellvertretende Vorsitzende der Staatsduma, Wladimir Ryschkow, von Tschernomyrdin geradezu gezwungen, dieses Amt aufzugeben und Fraktionsvorsitzender zu werden.

Viele Abgeordnete und Mitglieder von UHR versuchen, sich politisch anderweitig zu orientieren und „unterzukommen“. Ein großer Teil tendiert in Richtung auf den Moskauer Bürgermeister Luschkow, der als aussichtsreicher Anwärter auf die Präsidentschaft gilt. Prominentestes Beispiel ist der ehemalige Fraktionsvorsitzende Schochin.

Die Bewegung UHR wird somit nicht zu denen gehören, die von der Proteststimmung in der russischen Wählerschaft profitieren können. Sie wird es schwer haben, eine nennenswerte politische Kraft zu bleiben. Es steht sogar zu befürchten, daß UHR die Fünf-Prozent-Hürde, die das russische Wahlrecht aufstellt, nicht überwinden wird.

### Jabloko

Der Vorsitzende der Bewegung Jabloko, Grigorij Jawlinskij, hat es abgelehnt, Regierungsverantwortung

zu übernehmen. Damit wird Jabloko für ein mögliches wirtschaftspolitisches Versagen der Regierung auch nicht zur Verantwortung gezogen werden. Aber dennoch dürfte die Bewegung politisch hiervon kaum profitieren. Denn so einleuchtend die Begründung für die Ablehnung auch sein mag, so sehr ist auch richtig, daß Jawlinskij und Jabloko es bisher immer abgelehnt haben, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Er gilt bei großen Teilen der russischen Öffentlichkeit als der ewige Neinsager, der zu Zusammenarbeit und Kompromiß nicht bereit ist.

Auf der anderen Seite ist Jabloko unstreitig die einzige übriggebliebene glaubwürdige Reformpartei von Bedeutung. Sie ist zwar keine Partei, sondern ebenfalls eine politische Bewegung, Jawlinskij hat aber angekündigt, daß sie sich im Frühjahr dieses Jahres zu einer Partei umwandeln werde. Jabloko ist sozial-liberal orientiert.

Auch Jabloko wird unter den gegebenen Umständen keine Protestwähler anziehen können. Die Partei steht für Reformpolitik, und gerade bei Protestwählern ist „Reform“ schon fast ein Schimpfwort. Da es aber für die verbliebenen reformorientierten Wähler kaum Alternativen gibt, dürfte Jabloko seine gegenwärtige Stärke behaupten, möglicherweise sogar etwas ausbauen können.

### *Liberal-Demokratische Partei Rußlands (LDPR)*

Der Vorsitzende der LDPR ist Wladimir Schirinowskij, der wegen seines Nationalismus und seiner Exzentrík auch international einen gewissen Bekanntheitsgrad erreicht hat. Obwohl seine LDPR bei den Wahlen zur Staatsduma 1995 das zweitbeste Ergebnis erreicht hatte, war seine Zeit eigentlich schon vorbei. Die letzten Präsidentschaftswahlen haben deutlich gezeigt, daß er überwiegend Protestwähler anspricht. Gerade dies macht eine Prognose schwierig, wenn nicht unmöglich. Möglich ist, daß die wachsenden Ressentiments vieler Russen gegen die USA und die NATO Schirinowskij's Nationalismus für viele Wähler attraktiv werden lassen. Es dürfte also noch zu früh sein, die LDPR politisch abzuschreiben. Auf der anderen Seite ist aber auch nicht mit einem dramatischen Anstieg ihrer Wählerzahl zu rechnen. Unter Vorbehalt sei deshalb die Prognose gewagt, daß Schirinowskij und die LDPR ihre Position voraus-

■ **Auch Jabloko wird unter den gegebenen Umständen keine Protestwähler anziehen können. Die Partei steht für Reformpolitik, und gerade bei Protestwählern ist „Reform“ schon fast ein Schimpfwort.**

sichtlich werden behaupten, möglicherweise auch leicht ausbauen können.

### Übrige Parteien und politische Bewegungen

Alle anderen Parteien, politischen Bewegungen und Zusammenschlüsse sind kaum von Bedeutung. Abgesehen von den Unwägbarkeiten des zu erwartenden Protestwahlverhaltens dürften sie allesamt kaum Aussicht haben, die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden.

Die Vielzahl der politischen Gruppierungen in Rußland ist schon für den politischen Beobachter verwirrend und für den normalen russischen Wähler ist die politische Landschaft völlig unübersichtlich. Das trägt nicht zur Attraktivität dieser Parteien bei.

Ein Ende 1998 in St. Petersburg unternommener Versuch der demokratischen Kräfte, sich zu einer politischen Kraft zu vereinigen, war weder verheißungsvoll noch erfolgreich. Es hatte sich zwar viel politische Prominenz versammelt, von den Ex-Ministerpräsidenten Gajdar und Kyrienko über die ehemaligen Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Tschubais und Nemtsow bis zum Jabloko-Vorsitzenden Jawlinskij, aber das Ergebnis war mager. Jawlinskij und Jabloko ließen sich erst gar nicht einbinden. Die übrigen bildeten mit einigen weiteren kleinen Gruppierungen einen lockeren Zusammenschluß, dessen Vorsitzender Kyrienko wurde. Diesem Gebilde dürfte weder eine große politische Perspektive noch Dauer beschieden sein.

Die Demokratische Wahl Rußlands (DWR) unter der Führung von Gajdar, hat sich von der Niederlage bei den Wahlen 1995 nicht erholt. Sie hat auch keine Aussichten, unzufriedene Wähler an sich zu ziehen, und dürfte damit bis auf weiteres keine nennenswerte Rolle spielen.

Der ehemalige Erste Stellvertretende Ministerpräsident Nemtsow, der zu den „jungen Reformern“ gezählt wird, hat seine eigene Bewegung Junges Rußland gegründet, in der auch Kyrienko Mitglied ist. Aber auch dieser Bewegung ist keine politische Zukunft zuzutrauen.

Die Christdemokraten Rußlands leisten sich den Luxus, sich in etwa zehn verschiedene Parteien und Bewegungen zu zersplittern. Vereinigungsversuche waren bisher wenig erfolgreich. Auch sie werden daher bei den Wahlen Ende des Jahres keine Rolle spielen.

Schließlich haben zwei prominente Anwärter auf die Präsidentschaft, nämlich der Moskauer Bürgermeister Jurij Luschkow und der Ex-General und Gouverneur von Krasnojarsk Alexander Lebed ihre eigenen Parteien bzw. politischen Bewegungen gegründet.

Luschkow versucht, sich in dem politischen Raum zu etablieren, den wir linke Mitte nennen würden. Dazu gehören viele kleine und Splitterparteien, u.a. die Sozialdemokratische Partei Rußlands unter Popow und der Kongreß der Russischen Gemeinden, dem auch Lebed einmal angehört hat. So ernst Luschkow als Anwärter auf die Präsidentschaft zu nehmen ist, so wenig Aussichten dürfte seine politische Gruppierung auf einen Erfolg bei den Dumawahlen haben. Das gleiche gilt für Lebeds Republikanische Volkspartei (RVP).

Angesichts der zuvor geschilderten Stimmung in der Bevölkerung ist jedoch damit zu rechnen, daß die orthodoxen Kommunisten und die Agrarpartei, die der KPRF nahesteht, in die Duma einziehen werden. Sie dürften von Protestwählern profitieren und von denen, die zwar noch eine kommunistische Grundorientierung haben, aber mit der KPRF und ihrer Politik unzufrieden sind.

Bei aller Unberechenbarkeit der im Dezember anstehenden Wahlen ist damit zu rechnen, daß die Kommunisten wieder die Mehrheit in der Duma erringen werden, ob dies eine relative oder absolute Mehrheit sein wird, ist offen. Ebenso dürfte sicher sein, daß die LDPR und Jabloko in das Parlament einziehen werden. Das Schicksal aller anderen Parteien, Bewegungen und Gruppierungen ist bei dieser Wahl zur Staatsduma noch unbestimmt, wenn es bei der Fünf-Prozent-Klausel bleibt.

### Die Diskussion um das Wahlrecht

Vor diesem Hintergrund ist damit zu rechnen, daß das Wahlrecht noch vor den Parlamentswahlen geändert wird. Von vielen – darunter auch Richter am Verfassungsgericht der Russischen Föderation – wird der Standpunkt vertreten, daß die Fünf-Prozent-Klausel des gegenwärtigen Wahlrechts verfassungswidrig sei.

Begründet wird dies mit dem Ergebnis der letzten Dumawahlen: Gewählt haben nur gut 50 Prozent der Wahlberechtigten. Von den abgegebenen Stimmen sind knapp 50 Prozent unter den Tisch gefallen weil

■ **Bereits im vergangenen Jahr wurde daher über eine Änderung des Wahlrechtes diskutiert.**

die Parteien, auf die diese Stimmen entfallen sind, an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterten. Damit wurde die eine Hälfte der Staatsduma, die nach dem Verhältniswahlssystem bestimmt wird, von nur etwa 25 Prozent der Wahlberechtigten gewählt. Hieraus wird der Schluß gezogen, daß das Parlament nicht repräsentativ sei, und das wiederum sei nicht demokratisch – und damit verfassungswidrig.

Bereits im vergangenen Jahr wurde daher über eine Änderung des Wahlrechtes diskutiert. Die Vorschläge reichten von der Einführung des reinen Mehrheitswahlrechtes bis hin zur völligen Abschaffung einer Sperrklausel. Inzwischen ist diese Diskussion abgeflaut. Das dürfte aber überwiegend damit zusammenhängen, daß es im Augenblick dringendere Probleme gibt. Eine Änderung des Wahlrechtes ist aber nach wie vor wahrscheinlich.

Jedoch dürfte diese Änderung nicht so radikal sein, wie dies vielfach diskutiert worden ist. Viel spricht dafür, daß die Fünf-Prozent-Hürde auf etwa zwei oder drei Prozent herabgesetzt wird. Nicht ausgeschlossen ist auch, daß nach deutschem Vorbild die Regelung eingeführt wird, daß eine Partei, die eine gewisse Anzahl (am häufigsten genannt wird die Zahl zehn) von Direktmandaten errungen hat, auch im Verhältnis der von ihr errungenen Stimmen in die Duma einzieht, und zwar unabhängig davon, ob sie die Sperrklausel überwunden hat oder nicht.

Damit würde die erzieherische Wirkung der Fünf-Prozent-Klausel und ein gewisser Zwang zur Konzentration und Verringerung der Zersplitterung der Parteienlandschaft zumindest teilweise entfallen. Und die voraussichtliche Zusammensetzung der nächsten Staatsduma dürfte dann recht bunt werden. Denn dann hätten neben DWR und UHR auch noch viele andere Parteien, Bewegungen und Zusammenschlüsse eine Chance, in das Parlament einzuziehen. Ein in viele Fraktionen aufgegliedertes Parlament würde zwar voraussichtlich die kommunistische Mehrheit verringern, sie aber nicht verhindern. Und ob solch eine Staatsduma dann ihrer gewachsenen Bedeutung gerecht werden kann, ist äußerst fraglich.

### *Die Schatten der Präsidentschaftswahl*

Trotz der Verschiebung der politischen Gewichte zu Lasten des Präsidenten und zugunsten des Parlamentes

wird den Präsidentschaftswahlen, die für Juni 2000 vorgesehen sind, doch weit größere Bedeutung zuge-messen. Nach der russischen Verfassung ist der Prä-sident der entscheidende Inhaber der Exekutivgewalt. Und je nachdem, wie stark die Persönlichkeit ist, die dieses Amt ausübt, kann sich die gegenwärtige Vertei-lung der Gewichte verfestigen oder sich eine erneute Verlagerung zugunsten des Präsidenten ergeben.

So ist denn bereits heute die russische Politik ge-prägt von Positionskämpfen der verschiedenen An-wärter auf die Nachfolge Jelzins. Es lohnt sich des-halb, auf diejenigen einzugehen, die als ernsthafte Kandidaten in Frage kommen.

■ So ist denn bereits heute die russische Politik geprägt von Positionskämpfen der verschiedenen Anwärter auf die Nachfolge Jelzins.

Gennadij Sjuganow (KPRF)

Zwar hat der Präsident der Staatsduma Selesnjow, ebenfalls KPRF, erkennen lassen, daß er für die Par-tei kandidieren wolle, aber wahrscheinlicher ist, daß der Parteivorsitzende Sjuganow sich durchsetzt und der Kandidat der KPRF wird. Er hat auch gute Aus-sichten, in den sicher erforderlichen zweiten Wahl-gang zu kommen. Es ist äußerst unwahrscheinlich, daß ein Kandidat bereits im ersten Wahlgang mehr als 50 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen kann. Dann wird eine Stichwahl erforder-lich, in der die beiden Kandidaten mit der höchsten Stimmenzahl sich gegenüberstehen.

Trotz des politischen Spagats, den Sjuganow und die KPRF gegenwärtig versuchen, dürfte die gute Or-ganisation der Partei, die die Strukturen der ehemali-gen KPdSU übernommen hat, dafür sorgen, daß die immer noch vorhandene Stammwählerschaft über-wiegend zur Wahl geht und für ihn stimmt. Hinzu kommen dürften Protestwähler, die mit den Refor-men und ihren Auswirkungen unzufrieden sind und sich nach den „guten alten Zeiten“ sehnen.

Sjuganow wird zum „sozialdemokratischen“ Flügel der KPRF gezählt. Er gilt als aufgeschlossener Prag-matiker, der zwar seine kommunistische Grundüber-zeugung nicht abgelegt hat, der aber auch nicht ver-suchen würde, im Falle seiner Wahl das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Es ist nicht sicher, ob diese Einschätzung richtig ist. Zwar äußert er sich meist – vor allem im Ausland oder im Gespräch mit Ausländern – so, daß dieser Schluß naheliegt, aber es gibt auch viele Äußerungen, die eine andere Beurtei-

lung zulassen. Und es gibt an der Basis der KPRF noch eine große Zahl von Mitgliedern, die der Reform- bzw. Transformationspolitik schlicht ablehnend gegenüberstehen.

Jurij Luschkow

Moskaus Bürgermeister ist in seiner Stadt sehr populär. Er wurde bei der letzten Bürgermeisterwahl mit etwa 90 Prozent der Stimmen wiedergewählt. Das Ergebnis erinnert zwar an kommunistische Zeiten, aber diese Wahlen waren frei und das Ergebnis ist nicht verfälscht. Und der Großraum Moskau stellt alleine schon etwa zehn Prozent der russischen Wählerschaft.

■ Luschkow hat aber das Problem, daß die meisten Regionen Moskau ablehnend gegen berstehen.

Luschkow hat aber das Problem, daß die meisten Regionen Moskau ablehnend gegenüberstehen. Er unternimmt zwar seit einiger Zeit große Anstrengungen, auch in den Regionen populär zu werden, bisher aber mit mäßigem Erfolg. Es ist aber damit zu rechnen, daß regionale Führer aus den 89 Subjekten der Föderation sich im entscheidenden Augenblick hinter Luschkow stellen werden. Einige sagen im vertraulichen Gespräch, daß im Grunde alle ernsthaften Anwärter auf die Präsidentschaft ihnen nicht zusagen, daß sie sich aber für den entscheiden müßten, bei dem die Wahrscheinlichkeit am größten sei, daß er Rußland nicht völlig ruiniere – und das sei Luschkow. Dies gilt vor allem für diejenigen Präsidenten und Gouverneure, die bisher zu Präsident Jelzin gehalten haben, da Sjuganow oder Lebed für sie keine Alternativen sind. Aber es gilt nicht für alle, denn so mancher schätzt Luschkow auch als Zentralisten ein, der als Präsident den Regionen nicht genug Freiraum lassen würde.

Insgesamt dürfte auch Luschkow genügend Stimmen im ersten Wahlgang auf sich vereinigen können, um in die Stichwahl zu kommen.

Politisch ist Luschkow schwer einzuschätzen. Er gibt sich sozialdemokratisch, versucht auch eine politische Bewegung der linken Mitte zu gründen und zu führen. Aber ein entsprechendes Programm ist, zumindest bisher, nicht erkennbar. Seine Äußerungen zu seinen politischen Absichten sind teils widersprüchlich, teils auch populistisch. Er dürfte als politischer „Macher“ einzuordnen sein, dem es in erster Linie um die Macht geht, und der sich die politische

Plattform sucht, die ihm dazu am geeignetsten erscheint. Unzweifelhaft hat Luschkow für Moskau viel geleistet, und das ist auch der Grund für seine Popularität in der Stadt. Aber es ist zumindest gewagt, wenn viele hieraus den Schluß ziehen, daß er damit auch ein guter Präsident wäre.

Luschkow hat seine Absicht zu kandidieren bisher nicht eindeutig erklärt. Vor einigen Wochen hat er sogar geäußert, er könne sich durchaus vorstellen, einen anderen Kandidaten zu unterstützen. Genannt hat er in diesem Zusammenhang die Namen Primakow und Jawlinskij. Dies dürfte aber als Ablenkungsmanöver einzuordnen sein. Luschkow will noch ein wenig Spannung erhalten und noch nicht als Präsidentschaftskandidat feststehen. Es spricht alles dafür, daß er kandidiert.

### *Alexander Lebed*

Die von Lebed gegründete Partei RVP ist ohne Bedeutung. Dennoch ist auch Lebed ein ernstzunehmender Kandidat für die Präsidentschaftswahlen, und zwar aufgrund seiner Persönlichkeit und Popularität.

Er hat die besten Aussichten, einen großen Teil der Protestwähler anzuziehen. Er ist nach wie vor populär, wird mit der ungeliebten Politik Jelzins und der Regierung nicht identifiziert, und er hat offensichtlich die Unterstützung von Boris Beresowskij, der, noch, einen maßgeblichen Teil der Medien beherrscht. Und er kann für sich beanspruchen, zwar nicht den Frieden nach Tschetschenien gebracht, aber doch eine Waffenruhe dort erreicht zu haben.

Gegen ihn spricht, daß er bisher als Gouverneur von Krasnojarsk nicht sehr erfolgreich war. Die üblichen Versorgungsengpässe hat er nicht nur nicht vermeiden können, sie traten und treten sogar noch häufiger auf, als in den Jahren seines Vorgängers. Zwar dürfte dies zum Teil auch auf die allgemeine Wirtschaftskrise zurückzuführen sein, doch das hilft ihm wenig. Zudem nehmen ihm die Menschen in Krasnojarsk übel, daß er wenig vor Ort ist. Daraus wird der (wohl nicht unberechtigte) Schluß gezogen, daß es ihm weniger um die Region als um seine Präsidentschaftsambitionen gehe.

Auch bei Lebed ist zweifelhaft, wo er politisch steht. Er gibt sich demokratisch und antikommunistisch, aber gleichzeitig autoritär, als der „starke Mann“, den

**■ Dennoch ist auch Lebed ein ernstzunehmender Kandidat für die Präsidentschaftswahlen, und zwar aufgrund seiner Persönlichkeit und Popularität.**



Rußland brauche, um aus der Krise geführt zu werden. Auf der einen Seite ist er gemäßigt nationalistisch, auf der anderen Seite ist eine Anlehnung an die USA nicht zu übersehen. Seine größte Schwäche dürften aber seine diffusen Vorstellungen zur Wirtschaftspolitik sein.

Jewgenij Primakow

Ministerpräsident Primakow ist der große Unbekannte im Rätselraten um den aussichtsreichsten Präsidentschaftskandidaten. Er hat zwar mehrfach erklärt, daß er nicht kandidieren werde, aber das hat die Spekulationen nicht beendet. Sie sind im Gegenteil wieder richtig in Gang gekommen, nachdem Primakow Ende Januar einen Vorstoß unternahm, der offensichtlich weder mit Präsident Jelzin noch mit der Staatsduma abgestimmt war. Er schlug eine Art Abkommen zwischen dem Präsidenten, der Staatsduma und der Regierung vor. Danach sollte der Präsident darauf verzichten, vor dem Wahltermin für die Parlamentswahlen die Staatsduma aufzulösen oder die Regierung zu entlassen; die Staatsduma sollte im Gegenzug auf ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten verzichten; und die Regierung werde ihrerseits kein Mißtrauensvotum gegen sich selbst einleiten.

Das Ganze ist insofern etwas merkwürdig, als der Präsident zwar das Recht hat, das Parlament aufzulösen, jedoch laut Verfassung nicht mehr im Wahljahr. Dennoch ließ der Präsident verlauten, er lasse sich nicht in seinen verfassungsmäßigen Rechten beschneiden. Die Staatsduma reagierte unterschiedlich, überwiegend zurückhaltend. Zum Bruch mit dem Präsidenten kam es allerdings nicht.

Aus diesem Vorstoß werden unterschiedliche Folgerungen gezogen. Die einen meinen, Primakow habe sich gegen eine im Frühjahr drohende Entlassung durch Präsident Jelzin schützen wollen. Andere ziehen daraus den Schluß, daß Primakow begonnen habe, sich eine eigene politische Plattform zu schaffen, um seine Präsidentschaftskandidatur vorzubereiten. Er selbst sagt, er habe es getan, um Stabilität und Ruhe bis zu den Wahlen zu erreichen.

Nach wie vor spricht mehr dafür, daß er nicht kandidieren wird. Täte er es dennoch, dann wäre er für die genannten Kandidaten ein ernstzunehmender Gegner. Er ist populär, genießt in der Bevölkerung mehr

Vertrauen als dies in Rußland üblich ist, und er verfügt über die Unterstützung des Regierungsapparats. Ob dies aber bis zur Präsidentschaftswahl anhält, ist ungewiß. Wenn die Prognose richtig ist, daß ein wirtschaftlicher Aufschwung erst nach der Präsidentschaftswahl zu erwarten ist, dann wird so mancher potentielle Wähler sich bis dahin in seinem Vertrauen zu Primakow enttäuscht fühlen und sich abwenden. Denkbar erscheint, daß Primakow sich mit einem der ernsthaften Anwärter auf die Nachfolge Jelzins (etwa Luschkow) arrangiert, um Ministerpräsident bleiben zu können.

### Übrige Kandidaten

Über die genannten Kandidaten hinaus werden sich noch viele um die Präsidentschaft bewerben. Dazu dürften der ehemalige Ministerpräsident Tschernomyrdin, der Vorsitzende von Jabloko, Jawlinskij, der Vorsitzende der LDPR, Schirinowskij, und viele andere mehr zählen. Sie alle dürften jedoch keine realistischen Chancen haben, auch nur in den zweiten Wahlgang zu kommen.

### Die Schlacht um die Medien

In Rußland ist die Überzeugung verbreitet, daß die Wahlen durch die Medien gewonnen oder verloren werden. Wenn auch die Bedeutung der Medien überschätzt wird, so ist doch nicht zu leugnen, daß über sie ein vielleicht entscheidender Einfluß ausgeübt werden kann. Deshalb ist hinter den Kulissen ein heftiger Kampf um die Medien entbrannt, in erster Linie um Fernsehen und Radio.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Medienlandschaft in Rußland ganz anders strukturiert ist als etwa in Deutschland. Wirklich unabhängige Medien gibt es kaum, und wenn, dann nur bei den Printmedien. Medien gehören in Rußland (ganz oder teilweise) entweder dem Staat oder privaten Unternehmen, die sich meist in den Händen der sogenannten Oligarchen befinden. So oder so sind sie nicht dazu da, objektiv zu informieren oder einen Gewinn zu erwirtschaften, sondern sie sind Mittel, bestimmte Interessen zu verfolgen und nach Möglichkeit durchzusetzen.

So gehört etwa ORT, die größte Rundfunkanstalt, die in über 90 Prozent der russischen Haushalte gesehen und gehört wird, zu 51 Prozent dem Staat

**■ Wirklich unabhängige Medien gibt es kaum, und wenn, dann nur bei den Printmedien.**

und zu 49 Prozent privaten Aktionären. Von diesen 49 Prozent gehören elf Prozent dem Unternehmen LogoVaz, dieses wiederum gehört der grauen Eminenz der russischen Politik, dem Wirtschaftsmagnaten Boris Beresowsky. Die übrigen privat gehaltenen 38 Prozent gehören überwiegend verschiedenen Banken, die ebenso mit Beresowski in Zusammenhang gebracht, wenn nicht von ihm kontrolliert werden. Praktisch kontrollierte bisher Beresowskij ORT. Solange Jelzin stark war und Beresowskij ihn unterstützte, war die Welt bei ORT in Ordnung – nun aber nicht mehr. Hinzu kommt, daß alle Rundfunkanstalten infolge der Wirtschaftskrise einen drastischen Rückgang ihrer Einnahmen zu verzeichnen haben: Die Einnahmen aus der Werbung gingen um bis zu 80 Prozent zurück, auch bei ORT. Die Folge war eine starke Verschuldung. Trotz einer Finanzspritze von 100 Millionen US-Dollar auf Anordnung von Präsident Jelzin beantragte ein Gläubiger ausgerechnet gegen ORT das Konkursverfahren. In einer mutigen Entscheidung bestellte das Moskauer Arbitragegericht einen „externen Verwalter“ (vergleichbar etwa mit einem Zwangsverwalter in Deutschland), wobei es die von den Parteien vorgebrachten personellen Vorschläge ablehnte und den bekannten Juristen Chernowalow mit der Aufgabe betraute.

Das Ganze hat offensichtlich politische Motive. Sowohl Jelzins als auch Beresowskij's Einfluß sollen zurückgedrängt und durch den Einfluß anderer Akteure ersetzt werden. Wer dahinter steht, ist noch nicht klar – typisch für Moskauer Politik. In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß Beresowskij auch sein Anteil und sein Einfluß bei der Fluggesellschaft Transaero entgleitet.

Das erwähnte Konkursverfahren gegen das Ölimperium Sidanko trifft im wesentlichen Potanin, einen weiteren Oligarchen. Die Wirtschafts- und Finanzkrise Rußlands hat nicht nur Verlierer, sondern auch Gewinner. Zu letzteren zählen zumindest diejenigen, die den Einfluß der neuen Finanzmagnaten Rußlands zurückdrängen wollten. Denn diese sind erheblich geschwächt – und damit auch ihr Einfluß auf die Medien und die Politik.

### *Moskau und die Regionen*

Die russische Verfassung bestimmt, daß Rußland eine Föderation ist. Sie definiert den Rahmen dieser Föde-

■ Sowohl Jelzins als auch Beresowskij's Einfluß sollen zurückgedrängt und durch den Einfluß anderer Akteure ersetzt werden.

ration aber nur unzureichend. Sie legt fest, was ausschließliche Kompetenzen Moskaus sind, und sie legt fest, was „gemeinsame Kompetenzen“ Moskaus und der Subjekte der Föderation sind. Was in ihrer Aufzählung nicht enthalten ist – und das ist neben Kultur nicht viel – bleibt Kompetenz der Subjekte der Föderation.

Vor einigen Jahren erklärte Präsident Jelzin, die Regionen (Subjekte der Föderation) sollten sich so viele Kompetenzen nehmen, wie sie ausüben könnten. In der Folge haben über die Hälfte der Regionen separate Verträge mit Moskau abgeschlossen, in denen ihre Rechte und Kompetenzen geregelt wurden. Vorreiter war die Republik Tatarstan mit weitgehenden Kompetenzen und großer Autonomie. Andere folgten, wenn auch nicht so erfolgreich. Die Russische Föderation wurde eine Art Mehrklassengesellschaft, was zu einer Gefahr für ihren Bestand werden mußte.

■ **Vorreiter war die Republik Tatarstan mit weitgehenden Kompetenzen und großer Autonomie.**

Dann schlug das Pendel zurück. Moskau regelte praktisch alles, was den gemeinsamen Kompetenzen zugewiesen war. Im Jahre 1997 trat ein Gesetz über die kommunale Selbstverwaltung in Kraft, welches den Kommunen weitgehende Rechte zugestand. Aber viele Regionen liefen dagegen Sturm. Sie fühlten sich zwischen den weitgehenden Machtansprüchen Moskaus und den Kompetenzen der Kommunen praktisch im luftleeren Raum.

Der Konflikt wurde dadurch in Grenzen gehalten, daß die meisten Regionen wirtschaftlich von Moskau abhängig sind. 1997 waren, wie schon erwähnt, nur elf der 89 Subjekte der Föderation Nettozahler, 78 waren Nettoempfänger. Heute gibt es nur noch sieben Nettozahler unter den Regionen, 82 sind Nettoempfänger. Der Finanzausgleich ist in Rußland gesetzlich nicht festgelegt – und erfolgt damit nach mehr oder weniger willkürlichen Entscheidungen.

Die Wirtschaftskrise Rußlands hat zunächst zur Folge, daß der „goldene Zügel“ nicht mehr so wirksam ist. Sie bedeutet eine politische Schwächung Moskaus, also eine Stärkung der Regionen. Schon entstand um den Gouverneur von Samara, Titow, eine Bewegung der Regionen zur Durchsetzung ihrer Interessen. In den monatlichen Listen der 100 einflußreichsten Politiker Rußlands, die von Politikwissenschaftlern und Journalisten erstellt werden, tau-

■ **Dennoch gibt es gegenwärtig – mit einer Ausnahme – keine ernsthafte Gefährdung des Bestandes Rußlands als Föderation.**

■ **Die erwähnte Ausnahme ist der Nordkaukasus. Und das bezieht sich nicht nur auf Tschetschenien.**

chen immer häufiger und immer mehr Politiker aus den Regionen auf.

Dennoch gibt es gegenwärtig – mit einer Ausnahme – keine ernsthafte Gefährdung des Bestandes Rußlands als Föderation. Die Republiken Tatarstan und Baschkortostan mögen noch so weitgehende Autonomiebestrebungen haben, sie wollen die Russische Föderation nicht verlassen. Die Republik Tuwa hat das Recht auf Austritt aus der Russischen Föderation in ihrer Verfassung festgeschrieben, aber die Tuwiner diskutieren gegenwärtig die Beseitigung dieser Bestimmung aus der Verfassung, weil sie weder austreten wollen, noch wirtschaftlich dazu fähig wären. Und wenn ab und zu der eine oder andere regionale Führer Äußerungen macht, die sich separatistisch anhören, dann sind das Drohgebärden, die Moskau zu Konzessionen veranlassen sollen.

Die erwähnte Ausnahme ist der Nordkaukasus. Und das bezieht sich nicht nur auf Tschetschenien. Diese Republik ist zwar staatsrechtlich noch Teil der Russischen Föderation, praktisch aber nicht mehr. Sie führt ein Eigenleben und wird weder von Rußland noch von ihrer eigenen Regierung unter Präsident Maschadow kontrolliert. Einige Militär-, Clan- und Bandenführer agieren auf eigene Faust und fast völlig unkontrolliert. Das ist der Grund für die häufigen Geiselnahmen, nicht nur in Tschetschenien selbst, sondern auch in den Nachbarrepubliken und in der gesamten Region. Dahinter steckt selten eine politische Motivation, das ganze ist ein „Geschäft“ zur Erpressung von Lösegeldern.

Die prekäre Sicherheitslage wiederum verhindert jegliche wirtschaftliche Entwicklung. Unabhängig von der Wirtschaftskrise veranlaßt die Sorge um die persönliche Sicherheit sowohl Russen als auch Ausländer, dort nicht zu reisen, geschweige denn zu investieren. In den letzten Jahren ist eine konstante Abwanderungsbewegung der russischen Bevölkerung aus der gesamten Region des nördlichen Kaukasus zu beobachten. Und je weniger Russen dort tatsächlich leben und arbeiten, um so mehr verliert Rußland seinen faktischen Einfluß auf diese Region. Die kleinen nordkaukasischen Republiken, die in der Russischen Föderation verbleiben wollen, befinden sich so in einer schwierigen und fast hoffnungslosen Situation.

Wenn diese Entwicklung so weitergeht, dann droht die Gefahr, daß Rußland mittel- bis langfristig den nördlichen Kaukasus verliert. Die nächste Republik, die den Weg Tschetscheniens – hoffentlich ohne Krieg – gehen könnte, ist Dagestan am Kaspischen Meer.

Welche Folgen ein mögliches Ausscheren des nördlichen Kaukasus, oder von Teilen dieser Region, für die weitere Entwicklung der Russischen Föderation und die Haltung der Subjekte der Föderation hätte, ist gegenwärtig nicht abzusehen.

### ■ Ein Versuch zu verstehen

Wer bis hierher gelesen hat, muß eigentlich zu dem Ergebnis kommen, daß die Lage Rußlands hoffnungslos ist. Es ist zwar nicht auszuschließen, daß es so ist, aber dieser Schluß wäre zumindest übereilt. Denn Rußland ist eine Welt für sich, hier gelten andere Regeln. Ein oft zitiertes Wort besagt, „Rußland kann man nicht verstehen – an Rußland muß man glauben“. Das ist sicher simplifizierend, irreführend und letztlich falsch. Aber ein Kern Wahrheit ist darin enthalten.

#### *Die Bürde der Geschichte*

Zunächst eine kleine Parabel, die in Rußland erzählt wird: Als Gott die Erde schuf, schauten ihm die Engel zu. Nach einiger Zeit konnte einer der Engel nicht mehr an sich halten und sagte zu Gott: „Lieber Gott, entschuldige bitte, aber das, was Du da machst, ist nicht gerecht.“ Erstaunt fragte Gott: „Wieso meinst Du das, lieber Engel?“ Und der Engel antwortete: „Schau Dir einmal, lieber Gott, den kleinen Flecken Erde da unten an, der einmal die Schweiz werden soll – nur Berge, wenige landwirtschaftlich nutzbare Böden, keine Bodenschätze. Und dann schau Dir bitte die riesige Fläche an, die später einmal Rußland werden soll – unendliche Reichtümer hast Du da hineingetan, alle nur erdenklichen Bodenschätze, große landwirtschaftliche Gebiete. Das ist doch nicht gerecht. Warum gibst Du jenen so wenig, und diesen so viel?“ Gott lächelte gütig und sagte zu dem Engel: „Mein lieber Engel, das verstehst Du nicht. Heute verteile ich das Land und die Reichtümer – morgen verteile ich die Regierungen.“

Schaut man zurück auf die tausendjährige Geschichte Rußlands, dann stellt man in der Tat fest, daß das Land mit seinen Regierungen in der Regel wenig Glück gehabt hat. Von den Anfängen der russischen Geschichte bis vor einigen Jahren konzentrierten sich Fürsten, Bojaren, Zaren und die Führer der KPdSU auf die Ausdehnung des Reiches und seines Einflusses. Die Menschen Rußlands waren fast immer nur Material, das man zur Erreichung dieser Ziele einsetzte.

Russen haben – mit Ausnahme eines kurzen wenig erfolgreichen Versuches vor der Oktoberrevolution von 1917 und der letzten etwa 10 Jahre – nie Freiheit und Demokratie, und sei es auch nur in Ansätzen, erleben können. Die Leibeigenschaft ist erst im späten 19. Jahrhundert abgeschafft worden, nur um dann, in anderer Form, mit dem Kommunismus wieder eingeführt zu werden.

Rußland, oder besser gesagt, die Russen haben im Laufe ihrer Geschichte unendliches Leid erlebt und ertragen. Und immer dann – aber auch nur dann – wenn die Gefahr am größten war, wenn alles aussichtslos schien, dann ging ein Ruck durch dieses Volk, und Rußland stand wieder auf. Dies ist der Grund dafür, und nicht die geographische Ausdehnung, die sich Rußland ja selbst geschaffen und erobert hat, daß seit der Befreiung von den Tataren im Mittelalter Rußland viele Schlachten verloren hat, aber nie besiegt worden ist. Nur um dann wieder in alte Lethargie zurückzufallen, Diktatur und Unterdrückung zu ertragen und sich letztlich selbst zu besiegen – ein scheinbar endloser Kreislauf.

#### *Die „russische Mentalität“*

Diese geschichtliche Erfahrung hat die russischen Menschen zwangsläufig geprägt. Die tiefen Spuren einer tausendjährigen Geschichte von Diktatur, Unterdrückung und Unfreiheit lassen sich nicht durch zehn bis 15 Jahre Demokratie, Reform und Transformation beseitigen. Und so begegnet einem in zahllosen Gesprächen die Auskunft, daß man dies als Ausländer alles nicht verstehen könne, daß sei nun einmal so in Rußland, das sei die russische Mentalität, und das lasse sich nicht ändern. Richtig daran ist, daß vieles, wenn nicht alles, was heute in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Rußlands geschieht, seine Wurzeln,

Ursachen und Erklärungen in dieser geschichtlichen Erfahrung hat.

Ein Volk, das während seiner gesamten Existenz in seiner weit überwiegenden Mehrheit nie Freiheit, Eigeninitiative, Verantwortung oder Risikobereitschaft hatte, weil es diese Eigenschaften nicht haben durfte, kann sie nicht praktisch über Nacht, innerhalb von zehn Jahren, erwerben und eine reibungslos funktionierende Demokratie begründen.

Die russischen Menschen, die über unendliche Generationen von autoritären Herrschern und Eliten unterdrückt waren, haben Wege gefunden und entwickelt, sich einen eigenen geringen Freiraum zu schaffen, und zwar unter Umgehung, durch Täuschung des autoritären Systems. Wer den ungeliebten Machthabern und Unterdrückern ein Schnippchen schlagen konnte, wer ihnen etwas vorenthalten konnte, was sie beanspruchten, wer sich einen Vorteil verschaffen konnte, der ihm eigentlich nicht zustand, der konnte stolz darauf sein, das wurde von den Menschen anerkannt.

Diese Einstellung gegenüber der „Macht“ haben sie im Laufe der Generationen verinnerlicht. Und so ist es denn kein Wunder, wenn kaum jemand ein schlechtes Gewissen dabei hat, wenn er keine Steuern zahlt, sich einen Vorteil verschafft, oder ein Unternehmen verkommen läßt, mit dem er sich ohnehin nicht identifiziert.

Da die russische Geschichte kaum aus Verhandlungen und Kompromiß, sondern überwiegend aus Eroberung, Gewalt und Unterdrückung besteht, meist ausgeübt von einzelnen autoritären, oft grausamen Machthabern, hat weder die Existenz der berüchtigten russischen Mafia noch der Ruf nach der starken Führungspersönlichkeit noch die verbreitete Gleichgültigkeit gegenüber dem Gemeinwohl etwas Überraschendes.

Um in diesem Umfeld überleben zu können, haben die Russen neben Leidenschaft, Geduld, Genügsamkeit und Eigennutz noch etwas anderes entwickelt, nämlich eine enge soziale Bindung und Kommunikation in der Familie und im Freundeskreis. So hat sich eine menschliche Wärme erhalten können, eine Hilfsbereitschaft und Toleranz, die den Ausländer oft beschämt. Aber diese letzteren Eigenschaften zeigen sich nur, wenn man ihnen als Menschen begegnet,

■ Ein Volk, das während seiner gesamten Existenz in seiner weit überwiegenden Mehrheit nie Freiheit, Eigeninitiative, Verantwortung oder Risikobereitschaft hatte, weil es diese Eigenschaften nicht haben durfte, kann sie nicht praktisch über Nacht, innerhalb von zehn Jahren, erwerben und eine reibungslos funktionierende Demokratie begründen.

■ So hat sich eine menschliche Wärme erhalten können, eine Hilfsbereitschaft und Toleranz, die den Ausländer oft beschämt.



und wenn sie das Gefühl haben, einem vertrauen zu können.

Und so kommt es immer wieder zu den so schwer verständlichen Gegensätzen. Was Iwan Iwanowitsch Iwanow als der Beamte Iwanow für Sie nicht tut, obwohl er dazu verpflichtet wäre, als Ihr Freund Iwan Iwanowitsch würde er es tun, auch wenn es ihm verboten wäre.

Trotz aller Probleme und Unzulänglichkeiten Rußlands haben die russischen Menschen oft einen inneren Reichtum, eine menschliche Wärme und Größe und eine seelische Bildung, die denjenigen, dem sie sich öffnen, immer wieder in Erstaunen und Bewunderung versetzen.

Und noch etwas ist für das Verständnis wichtig: So unwahrscheinlich es auch angesichts des Bildes, das Rußland dem Außenstehenden bietet, sein mag, so sehr ist doch richtig, daß Russen von einem tiefen Stolz auf ihr Land und ihr Volk erfüllt sind. Auch das hat seine Wurzeln in der Geschichte, nicht zuletzt in der russisch-orthodoxen Kirche, in der geschichtstheologischen Selbstinterpretation Rußlands als des Dritten Rom, des Nachfolgers von Rom und Byzanz.

### *Zusammenfassung und Ausblick*

Das über die Medien vermittelte Bild der russischen Wirtschaftskrise, Armut, politische Intrigen und autoritäres imperialistisches Gehabe, Mafia und Korruption ist unvollständig. Und die einseitige Präsentation des Negativen ergibt letztlich ein falsches Bild.

Angesichts der geschichtlichen Erblast, angesichts der Verwüstungen, die der Kommunismus im Lande und in der Psyche der Menschen hinterlassen hat, ist das in den letzten Jahren Erreichte erstaunlich:

Demokratische Spielregeln und demokratisches Verhalten haben sich etabliert. Selbst in einer wirtschaftlichen Situation, in der in den meisten anderen Ländern eine Revolution ausgebrochen wäre, werden sie von kaum jemandem in Frage gestellt. Die Menschen reden und bewegen sich frei, haben ihre Angst abgelegt. Und immer mehr begegnen einem, die sich mit Leib und Seele für ihr Land und seine demokratische und rechtsstaatliche Zukunft einsetzen. Noch sind sie nicht die bestimmenden Kräfte, aber ihre Zahl wächst, und mit ihnen die Hoffnung auf eine bessere Zukunft.

Die Justiz, angefangen vom Verfassungsgericht der Russischen Föderation über die ordentliche bis hin zur Arbitragegerichtsbarkeit, ist sich ihrer Rolle, Verantwortung und Bedeutung als dritte Gewalt bewußt. Vor allem bei den Obergerichten ist ein zunehmendes Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen zu beobachten, das die Unabhängigkeit der Gerichtsbarkeit stärkt. Noch ist der Rechtsstaat weit davon entfernt, vollkommen zu sein, aber die Tendenz ist deutlich positiv.

Leben und Denken in Rußland haben sich so weit verändert, daß eine Rückkehr zum Kommunismus alter Prägung nicht mehr möglich erscheint, auch dann nicht, wenn die Kommunisten wieder an die Macht kämen. Dem steht nicht nur eine veränderte Lebenseinstellung entgegen, sondern auch die Tatsache, daß Rußland heute eine Föderation ist. Zu viele Präsidenten und Gouverneure aus den 89 Subjekten der Föderation würden einen Versuch, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, nicht mitmachen.

Um abschließend noch eine bereits zitierte Aussage aufzugreifen – das sei nun einmal in Rußland so, das sei die russische Mentalität, das lasse sich nicht ändern:

Rußland ist so, wie es ist. Ein Land der Gegensätze und Extreme, sowohl geographisch und klimatisch, als auch menschlich; ein Land, das vor immensen Problemen steht, ohne daß eine Lösung auf der Hand läge; ein Land, das unermesslich reich ist, sowohl unter und auf dem Boden, als auch unter seinen Menschen – und dennoch bitter arm ist.

Das alles mag (auch) an der russischen Mentalität liegen. Aber falsch ist, daß sich das nicht ändern lasse. Viel hat sich schon geändert.

Dennoch – die Tatsache bleibt – geht Rußland weiter schweren Zeiten entgegen. Weitere Rückschläge, politisch wie wirtschaftlich, sind nicht auszuschließen. Aber es gibt nach wie vor keinen Grund, die Hoffnung aufzugeben, daß das Land sich weiter auf der Grundlage demokratischer Spielregeln entwickeln und mittel- bis langfristig auch wirtschaftlich gesunden wird.

Wie gesagt: An Rußland muß man glauben, auch – oder erst recht – wenn man versucht, es zu verstehen.

■ **Leben und Denken in Rußland haben sich so weit verändert, daß eine Rückkehr zum Kommunismus alter Prägung nicht mehr möglich erscheint, auch dann nicht, wenn die Kommunisten wieder an die Macht kämen.**